

A) Kfz-Sachschaden

I. Konkrete und fiktive Schadensabrechnung

1. Systematik des Kfz-Sachschadens nach der BGH-Rechtsprechung
2. 130%-Grenze
3. Umsatzsteuerersatz bei fiktiver und konkreter Schadensabrechnung Ersatzbeschaffung statt möglicher Reparatur
4. Obergrenze ersatzfähiger Reparaturkosten bei Abrechnung auf Gutachtenbasis trotz vollständiger und fachgerechter Reparatur
5. Ersatzfähigkeit sonstiger Kostenfaktoren bei fiktiver Schadensabrechnung
6. Verweisungsmöglichkeiten des Haftpflichtversicherers auf günstigere Reparaturmöglichkeiten und Zumutbarkeitsgrenzen für den Geschädigten
7. Vertrauensschutz bei wirtschaftlichen Dispositionen des Geschädigten aufgrund von Restwertangaben
8. Ersatzfähigkeit und Abtretbarkeit von Sachverständigenkosten nach einem Verkehrsunfall
9. Kostenersatz für die Beseitigung von Fahrbahnverschmutzungen nach einem Verkehrsunfall
10. Schadensersatz bei gewerblicher Eigenreparatur
11. Nutzungsentschädigung bei gewerblich genutzten Fahrzeugen
12. Beschädigungen beim Abschleppen verbotswidrig geparkter Fahrzeuge

II. Halter- und Fahrerhaftung

1. Zurechnung haftungsrelevanten Verhaltens des Fahrers im Verhältnis zum Eigentümer und Halter
2. Halterhaftung beim Brand eines geparkten Kraftfahrzeugs
3. Halterhaftung bei Arbeitsmaschinen
4. Verbindlichkeit von auf der Fahrbahn markierten Richtungspfeilen
5. Fortdauer des Vorfahrtrechts auf einer Vorfahrtstraße bei Überfahren einer unterbrochenen Linie als Fahrbahnbegrenzung
6. Haftung für Einnahmeausfälle einer Autobahnrastanlage infolge einer unfallbedingten Sperrung der Autobahn

III. Mietwagen

1. Systematik der Mietwagenrechtsprechung des BGH
2. Ersatz von Mietwagenkosten statt Taxikosten bei geringer Fahrleistung und Nutzungsausfall als Mindestschaden
3. Wirksamkeit der Abtretung, Rechtfertigungsgründe für höhere Mietpreise (Eil- und Notsituation, Vorfinanzierung, Winterreifen), sowie Abzug für Eigensparnis
4. Undifferenzierter Haftungsvorbehalt bei grober Fahrlässigkeit in einem gewerblichen Kfz-Mietvertrag

IV. Prozessrecht und Anwaltskosten

1. Inlandsgerichtsstand bei Auslandsunfällen
2. Erstattungsfähigkeit der Kosten eines Privatgutachtens
3. Gerichtliche Überprüfbarkeit der Voraussetzungen für die Erhöhung der Geschäftsgebühr über die Regelgebühr hinaus („Toleranzgrenze“)
4. Geschäftsgebühr bei nur teilweiser außergerichtlicher Erfüllung der Forderung des Mandanten und Klageauftrag für die Restforderung
5. Berücksichtigung nicht zuerkannter Rechtsanwaltskosten für die Einholung einer Deckungszusage bei der Ermittlung der Beschwer
6. Nachträgliche Zulassung der Revision durch das Berufungsgericht im Anhörungsrügeverfahren
7. Kostentragungspflicht des Klägers bei Klagerücknahme wegen Erledigung der Hauptsache nach Rechtshängigkeit

B) Personenschaden

I. Sozialversicherungsrechtliche Haftungsprivilegien und Anspruchsübergänge

1. Voraussetzung einer gemeinsamen Betriebsstätte bei einem Verkehrsunfall zwischen Arbeitern auf einer Straßenbaustelle
2. Sozialversicherungsrechtliche Haftungsprivilegien im Werksbusverkehr
3. Sozialversicherungsrechtliche Haftungsprivilegien bei Ladeunfällen
4. Haftungsprivileg beim Leiharbeitnehmer
5. Gestörte Gesamtschuld durch Haftungsprivilegierung des Entleihers des verletzten Arbeitnehmers
6. Anwendung des Familienprivilegs bei Verkehrsunfällen
7. Bedeutung gesetzlicher Forderungsübergänge auf Sozialversicherungs-träger für Abfindungsvergleich und Verjährung
8. Aktivlegitimation wegen Leistungszuständigkeit des Rehabilitationsträgers bei unterbliebener Weiterleitung des Leistungsantrages des Geschädigten

II. Mitverschulden, Kausalität und Zurechnungszusammenhang

1. Mitverschulden und Kausalität bei Nichtanlegen des Sicherheitsgurts
2. Haftungsrechtlicher Zurechnungszusammenhang beim Sturz auf eisglatter Fahrbahn nach einem Verkehrsunfall
3. Ersatz von Arztkosten nach Verkehrsunfall zur Klärung einer unfallkausalen Körperverletzung
4. Beweislast für ein unfallursächliches Mitverschulden eines Fußgängers
5. Mitverschulden von Fahrradfahrern wegen Nichttragen eines Schutzhelms

III. Schmerzensgeld wegen psychischer Schäden und prozessuale Besonderheiten des Schmerzensgeldbegehrens

1. Systematik der BGH-Rechtsprechung zu psychischen Primär- und Sekundärschäden
2. Voraussetzungen eines Schmerzensgeldanspruchs wegen (unmittelbarer) Schockschäden
3. Voraussetzungen eines Schmerzensgeldanspruchs wegen (mittelbarer) Schockschäden
4. Rechtskraftwirkung eines im Adhäsionsverfahren ergangenen rechtskräftigen Urteils über einen unbezifferten Schmerzensgeldantrag

IV. Sonstiges

1. Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosengeld II wegen verletzungsbedingtem Wegfall der Erwerbsfähigkeit als Erwerbsschaden
2. Ersatz des auf den Zeitraum der unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit entfallenden Anteils des Urlaubsentgelts
3. Voraussetzungen eines verjährungsunterbrechenden bzw. –erneuernden Anerkenntnisses